

Neue Zürcher Zeitung

INTERVIEW

Heinrich August Winkler: «Weniger moralische Führungsansprüche der Deutschen, das wäre die richtige Schlussfolgerung aus der Vergangenheit»

Vor 75 Jahren ging in Europa der Zweite Weltkrieg zu Ende. Heute fühlten sich manche Deutsche aufgrund ihrer Geschichte dazu berufen, den Kontinent in eine supranationale Zukunft zu führen, sagt der Berliner Historiker Heinrich August Winkler. Das Verhalten seiner Landsleute sei nicht immer frei von Überheblichkeit.

Hansjörg Müller, Berlin

Kommentare →

08.05.2020, 05.30 Uhr



Russen und Amerikaner feiern ihr Zusammentreffen Ende April 1945 auf deutschem Boden in Cobbelsdorf, heute Sachsen-Anhalt.

Fred Ramage / Hulton / Getty

Herr Winkler, im Frühjahr 1945, als der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging, waren Sie sechs Jahre alt. Welche Erinnerungen haben Sie an das Kriegsende?

Meine Familie und ich lebten damals im württembergischen Schelklingen, am Fusse der Schwäbischen Alb. Ich erinnere mich noch sehr gut an den Einzug der amerikanischen Truppen in dieser kleinen Stadt in der Nähe von Ulm am 22. April 1945.

Im Mai 2015 sagten Sie in Ihrer Rede zum 70. Jahrestag des Kriegsendes, jede Generation werde ihren eigenen Zugang zur deutschen Geschichte finden. Wodurch war Ihr Geschichtsbild als junger Mensch geprägt?



Heinrich August Winkler, Historiker in Berlin.

Imago

Die amerikanische Demokratie faszinierte mich. Schon als Schüler war ich ein regelmässiger Besucher des Amerika-Hauses in Ulm. Der Philosoph Jürgen Habermas hat 1986 auf dem Höhepunkt des Historikerstreits über die Einmaligkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung das Verdikt ausgesprochen, die Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der Kultur des Westens sei die bedeutendste intellektuelle Errungenschaft seiner Generation. In gewisser Weise war dieses Verdikt so etwas wie die Geburtsstunde einer postumen Adenauerschen Linken. Auch linke Intellektuelle würdigten Konrad Adenauers Politik der Westbindung oder wenigstens

deren kulturelle Folgen nun positiv.

Wäre der Erfolg dieser zweiten deutschen Demokratie ohne Westbindung denkbar gewesen?

Kaum. Dieser Erfolg hatte jedenfalls eine Menge damit zu tun, dass sich die Demokratie in der Bundesrepublik anders als in der Weimarer Republik in vielem bewusst am Beispiel der angelsächsischen Demokratien ausrichtete. Im Parlamentarischen Rat in Bonn, der 1948/49 das Grundgesetz erarbeitete, zogen die überlebenden Weimarer antitotalitäre Schlussfolgerungen aus der deutschen Katastrophe. Es sollte nie wieder eine Diktatur geben, aber auch nie wieder eine Demokratie, die sich gegenüber ihrer eigenen Geltung neutral verhält.

«In Teilen der ostdeutschen Bevölkerung konnte die ältere, deutschnationale Sichtweise auf die Geschichte unangefochten weiterleben.»

Wie ging man im Osten Deutschlands mit der Vergangenheit um?

In der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR wurden lediglich sogenannte antifaschistische Schlussfolgerungen aus der deutschen Katastrophe gezogen. Damit wurde die Errichtung einer zweiten deutschen Diktatur gerechtfertigt, dieses Mal unter kommunistischen Vorzeichen. Im Westen verhalfen das Wirtschaftswunder, die rasche Rehabilitierung durch die westlichen Siegermächte und die enge westeuropäische und transatlantische Zusammenarbeit der bundesdeutschen Demokratie bald zu einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung.

Ist der ostdeutsche Antifaschismus ein Mythos?

Er entsprach vollkommen der Selbsteinschätzung der Partei- und Staatsführung, die die Jahre des «Dritten Reiches» im Moskauer Exil erlebt hatte und sich nun als Teil des siegreichen Lagers fühlte. Grosskapital und Grossgrundbesitz hielt man für die Trägerschichten des Faschismus. Das führte dazu, dass man zwar sogenannte strukturelle Folgerungen aus der Erfahrung des Nationalsozialismus zog, etwa die Enteignung des Grundbesitzes und der Grossindustrie, sich einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der nationalen Vergangenheit aber entzogen sah.

Und das wirkt bis heute nach?

In Teilen der ostdeutschen Bevölkerung konnte die ältere, deutschnationale Sichtweise auf die Geschichte, wie sie im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik gang und gäbe war, unangefochten weiterleben. Wer sich etwa darüber wundert, welche Parolen in den letzten Jahren von Pegida in Dresden ausgegeben wurden, findet hier eine Erklärung für eine auf den ersten Blick paradox anmutende Kontinuität deutschnationaler und antiwestlicher Vorurteile. Deswegen ist auch die AfD im Osten verhältnismässig stark: Sie appelliert an eine deutschnationale Trotzhaltung, die in Westdeutschland zwar auch

noch vorhanden, aber sehr viel seltener anzutreffen ist als in den neuen Bundesländern.

In der DDR betonte man gerne, wie viele ehemalige Nazis in der Bundesrepublik schon bald nach dem Krieg wieder zu Amt und Würden gekommen seien. Das war Propaganda, doch völlig falsch war es auch nicht.

In der Bundesrepublik gab es in der Tat sehr viel personelle Kontinuität. Ehemalige Nationalsozialisten konnten in grösserem Umfang Karriere machen als in der DDR. In den frühen 1950er Jahren überwog in der Bundesrepublik zunächst noch, was der Philosoph Hermann Lübbe kommunikatives Beschweigen genannt hat: Man distanzierte sich rasch von «Hitler und seinen Spiessgesellen», wie es damals hiess, doch über eigene Verstrickungen oder die des näheren Umfeldes redete man nicht.



Passanten am 25. April 1953 in der Tauentzienstrasse in Berlin. Im Hintergrund die 1943 bei einem alliierten Bombenangriff stark beschädigte Gedächtniskirche.

AP

Wann endete dieses Schweigen?

Ende der 1950er Jahre begann in der Bundesrepublik eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, wie sie nur in einer freien, pluralistischen Gesellschaft stattfinden konnte. Es dauerte allerdings noch bis in die 1960er Jahre, bis die Vernichtung der europäischen Juden als die Zentraltatsache der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts verstanden wurde. Ein wichtiges Ereignis war die Veröffentlichung des Buches «Griff nach der Weltmacht» des Hamburger Historikers Fritz Fischer, das 1961 erschien. Darin ging es um Deutschlands Anteil am Ersten Weltkrieg und seine Kriegsziele. In der Folgezeit brachte Fischer den Nationalsozialismus und seine bürgerlichen Verbündeten in den Zusammenhang einer deutschnationalen und imperialistischen

Tradition. Andere wichtige Bücher von Historikern, Soziologen und Psychologen folgten.

«Die Judenvernichtung spielte in den Debatten der Achtundsechziger so gut wie keine Rolle. Sie begriffen den Nationalsozialismus lediglich als eine Erscheinungsform des Faschismus.»

Die Behauptung mancher Achtundsechziger, sie seien es gewesen, die den Anstoss zu einer Auseinandersetzung mit den Naziverbrechen gegeben hätten, stimmt also nicht?

Die Judenvernichtung spielte in den Debatten der Achtundsechziger so gut wie keine Rolle. Sie belebten die alte, kommunistische oder vulgärmarxistische Faschismustheorie wieder, die den Nationalsozialismus lediglich als eine Erscheinungsform des Faschismus begreift und diesen wiederum vor allem als ein Regime zur Sicherung der spätkapitalistischen Gesellschaft. Die Bundesrepublik galt als spätkapitalistisch, und vieles, was dort geschah, wurde mindestens als faschistoid, wenn nicht gleich als modernisierte Neuauflage faschistischer Praktiken denunziert. Im Grunde wurde der Nationalsozialismus dadurch verharmlost.

2015 warnten Sie vor einer «tagespolitischen Instrumentalisierung der Ermordung der europäischen Juden». Wo sahen Sie damals eine solche?

Meine Bemerkung bezog sich auf die Neigung mancher deutscher Politiker, den Holocaust als Argument für ganz unterschiedliche Zwecke heranzuziehen. Mitte der 1990er Jahre berief sich ein Teil der politischen Linken, darunter auch manche Sozialdemokraten, auf Auschwitz, um eine Beteiligung an einem humanitären Bundeswehreinsatz zum Schutz der Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina zu verhindern. Etwa vier Jahre

später bezogen sich Joschka Fischer und Rudolf Scharping, zwei Minister der damaligen rot-grünen Bundesregierung, auf Auschwitz, um eine Beteiligung der Bundeswehr an einem ebenfalls humanitär begründeten Einsatz zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kosovo zu begründen. Es ist hochproblematisch, tagespolitische Entscheidungen dadurch rechtfertigen zu wollen, dass man sich auf die Verbrechen der Nationalsozialisten bezieht. Auch hier besteht die Gefahr einer Verharmlosung und Relativierung.

Besteht diese Gefahr auch in der Auseinandersetzung mit der AfD? Manche bezeichnen Politiker oder Sympathisanten dieser Partei als «Nazis» oder «Faschisten». Durch einen solch leichtfertigen Umgang mit historischen Begriffen verlieren diese an Bedeutung.

Wir haben es heute in der Tat mit einem inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs zu tun, der in der Tendenz dazu führen kann, dass man sich vom Nationalsozialismus ein falsches und verharmlosendes Bild macht. Nach meiner Überzeugung reicht es völlig, den radikalen Kräften in der AfD eine völkisch-nationalistische, rückwärtsgewandte Haltung zu bescheinigen und sie aus diesem Grunde zu bekämpfen. In ihrer Gesamtheit ist die AfD eine zutiefst illiberale nationalistische Partei, die die politische Kultur der Bundesrepublik in ihren Grundlagen infrage stellt.

Viele Deutsche scheinen heute stolz darauf zu sein, wie ihr Land seine Vergangenheit aufgearbeitet hat. Besteht die Gefahr, dass dieser Stolz in Selbstgefälligkeit umschlägt? In der Flüchtlingskrise der Jahre 2015 und 2016 sprachen Sie von einer neuen deutschen Arroganz.

Diese Tendenz lässt sich schon sehr viel länger beobachten. 1988 veröffentlichte der damalige stellvertretende SPD-Chef Oskar Lafontaine ein Buch mit dem Titel «Die Gesellschaft der Zukunft». Darin stellte er die These auf, gerade weil die Deutschen mit einem pervertierten Nationalismus schrecklichste Erfahrungen gemacht hätten, seien sie heute

prädestiniert, Europa in der supranationalen Einigung voranzutreiben. Von der Perversion zur Prädestination, eine geradezu tollkühne dialektische Volte! In der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 und 2016 konnte man mehrfach hören, wir Deutschen seien jetzt so etwas wie die Weltmeister der Hilfsbereitschaft und Menschenliebe. Das Gefühl, durch eine betont moralische Haltung anderen die Richtung weisen zu können, war nicht frei von Spuren nationaler Überheblichkeit.

Weil die Deutschen mit ihrem Nationalstaat so schlechte Erfahrungen gemacht haben, meinen sie heute, dass andere Völker ihren Nationalstaat ebenfalls überwinden sollten?

Die Deutschen haben ihren ersten Nationalstaat, Bismarcks Reich von 1871, ruiniert. Daran gibt es nichts zu deuteln. Aber das gibt ihnen noch nicht das Recht, anderen den Anspruch auf eine Nation und eine nationale Identität abzusprechen. Mehr selbstkritische Distanz zur eigenen Geschichte und weniger moralische Führungsansprüche gegenüber anderen, das wäre die richtige Schlussfolgerung aus der deutschen Vergangenheit.

«Natürlich müssen wir uns um ein möglichst gutes Verhältnis mit Russland bemühen, aber das kann nicht bedeuten, dass wir gegenüber Moskau einen Sonderweg einschlagen.»

Und was bedeutet das für die politische Praxis?

Hier kommt es immer darauf an, sich in der jeweiligen Situation verantwortungsethisch zu verhalten. Das heisst im Sinne Max Webers, die voraussehbaren Folgen eigener Entscheidungen, so gut es geht, zu bedenken. Gegenüber unseren heutigen Verbündeten in Ost- und

Mitteleuropa haben wir die Pflicht, deren Interessen als legitime europäische Interessen zu begreifen. Deswegen darf weder in den baltischen Staaten, in Polen, Tschechien und der Slowakei noch irgendwo sonst im östlichen Mitteleuropa der Eindruck aufkommen, wir würden mit Russland irgendwelche Entscheidungen über die Köpfe dieser Länder hinweg treffen. Bevor die Sowjetunion 1941 von Deutschland überfallen wurde, war sie durch den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 ein Partner des deutschen Aggressors. Die Erinnerung daran wirkt in unseren östlichen Nachbarländern bis heute nach.



Sowjetische Soldaten feiern einen amerikanischen Kameraden, dessen Einheit das Kriegsgefangenenlager im westfälischen Eselheide befreit haben.

Fred Ramage / Hulton / Getty

Dennoch war die Sowjetunion nicht nur Täter, sondern auch Opfer deutscher Aggression. Die historische Verantwortung, die Sie ansprechen, müsste also auch gegenüber Russland und anderen früheren Sowjetrepubliken gelten.

Natürlich müssen wir uns um ein möglichst gutes Verhältnis mit der Grossmacht Russland und um einen ständigen Dialog mit ihr bemühen, aber das kann nicht bedeuten, dass wir gegenüber Moskau einen Sonderweg einschlagen. 2014 hat Wladimir Putin durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim die Charta von Paris zerrissen. In dieser hatten sich im November 1990 sämtliche Mitglieder der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Selbstbestimmungsrecht sowie zur nationalen und territorialen Integrität der Unterzeichnerstaaten bekannt. Den Initiatoren schwebte eine demokratische, trikontinentale Friedenszone von Vancouver bis Wladiwostok vor. Leider befinden wir uns mit Russland heute nicht in der Wertegemeinschaft, an die viele damals glaubten.

Die EU erhebt den Anspruch, eine solche Wertegemeinschaft zu sein. Polen und Ungarn befinden sich allerdings auf Konfrontationskurs mit Brüssel. Wie sollte sich Deutschland dabei verhalten? Ist Einmischung oder Zurückhaltung angebracht?

Deutschland muss die EU zu einer klaren Linie drängen, sonst würde diese über kurz oder lang zu einem blossen wirtschaftlichen Zweckverband verkommen. Wenn Ungarn und Polen die Grundlagen des Rechtsstaats infrage stellen, verlassen sie das normative Fundament des europäischen Staatenverbundes. Die EU ist damit leider keine Wertegemeinschaft mehr. Ginge es nach dem Vertrag von Lissabon, müsste eigentlich die Aussetzung des Stimmrechts dieser Staaten erfolgen, aber ein solcher Schritt kann nur einstimmig beschlossen werden. Die Drohung damit ist also ein stumpfes Schwert. Infolgedessen muss die EU überlegen, wie sie bei der Verteilung der Haushaltsmittel dem Grundsatz der Vertragstreue wieder Achtung verschafft.

Haben Sie Verständnis dafür, dass manche in Polen empfindlich auf deutsche Kritik reagieren?

Ich glaube nicht, dass das für ganz Polen gilt, sondern vor allem für die Regierungspartei PiS. Aus der liberalen Opposition höre ich ganz andere Töne. Von dort wird Solidarität mit den Forderungen nach einer Wiederherstellung des Rechtsstaates erwartet und keine falsche Nachgiebigkeit gegenüber der nationalkonservativen Regierung. Wenn Ungarn und Polen sich über das Urteil des Europäischen Gerichtshofs hinwegsetzen sollten, würde das eine Kampfansage an die EU bedeuten.

Heinrich August Winkler, 81, ist emeritierter Professor für neueste Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität. Zuletzt erschien von ihm «Werte und Mächte. Eine Geschichte der westlichen Welt» (C. H. Beck, München 2019, 968 S., zirka Fr. 45.-). Im August erscheint von ihm im selben Verlag «Wie wir wurden, was wir sind. Eine kurze Geschichte der Deutschen».